

"no-groko"- Argumente von SPD-Mitgliedern

Widerstand gegen eine erneute GroKo 2018 (Große Koalition von CDU/CSU und SPD)

Eintreten in Koalitionsverhandlungen auf Grundlage der Sondierungsergebnisse kann nicht zugestimmt werden

Dass viele Missstände im Bereich Bildung, Gesundheit, Arbeit und Wohnen nicht mit der nötigen Überzeugung angepackt werden, kann uns als SPD nicht zufriedenstellen.

Die negativen Aspekte überwiegen leider. Zum Beispiel fehlen Bürgerversicherung und die Erhöhung des Spitzensteuersatzes. "Kleine Verbesserungen, viele Rückschritte, viel Stillstand"

Insbesondere die Passagen zu Wohnungsbau und Mieten sowie Teile zu Migration und Integration sind im Sondierungspapier nicht zufriedenstellend.

Fehlen des wichtigen Projekts der Bürgerversicherung ist sehr enttäuschend.

Bei wichtigen Kernthemen wie Miete, Infrastruktur und Migration fehlen überzeugende Antworten zur Lösung der Probleme. Grundsätzliches Argument gegen eine neue GroKo. Das Land braucht eine andere Politik. Die Schere zwischen arm und reich geht massiv auseinander.

Wir korrigieren in diesem Sondierungspapier nur SPD-Politik. Zum Beispiel Parität bei der GKV 2004 selbst aufgebrochen.

Beim Rentenniveau (laut Rentenbericht bis 2024 sowieso bei 48 Prozent bleibt), heisst es im Sondierungsergebnis, es bleibt bis 2025 bei 48 Prozent; nur Augenwischerei.

Das Sondierungspapier schreit förmlich: „Eigentlich will ich ein Weiter so.“

Parteilbasis will in großen Teilen eine andere Politik.

Wenn die SPD-Verhandler selbst einen Tag nach Verhandlungsende schon sagen, man müsse nachverhandeln, ist no-groko-Kritikern nicht vorzuwerfen, das Sondierungsergebnis „mutwillig“ schlechtzureden.

Es wäre naiv zu glauben, dass in Koalitionsverhandlungen noch ganz neue Punkte aufgemacht werden.

Gegenüber CDU und CSU besteht sehr große Skepsis:

Was im Koalitionsvertrag 2013 festgeschrieben wurde, wurde in einigen wesentlichen Bereichen nicht umgesetzt, weil die Union blockiert hat. Zum Beispiel Glyphosat-Zustimmung in EU durch Union.

Das Ergebnis ist sehr enttäuschend. „Weiter so wie bisher“ anstelle einer echten Wende für mehr Verteilungsgerechtigkeit, mehr Zusammenhalt und mehr Solidarität.

Politische Zukunft der SPD steht jetzt auf Messers Schneide. Bei zukünftiger Wahl wird SPD-Ergebnis 20,5 Prozent noch unterboten.

Wenn die SPD nach einem Wahlkampf für mehr soziale Gerechtigkeit nun wieder in eine GroKo geht, seien noch schlechtere Wahlergebnisse zu befürchten.

Perspektive eines linken Regierungsbündnisses, das wirklich mehr für die Menschen erreiche, dann wohl endgültig verbaut.

Für mehr als eine Minderheitsregierung taugt das Sondierungsergebnis nicht.

Bürgerversicherung beerdigt, das Klimaziel verschoben und der Etat für Verteidigung angehoben, stattdessen Klein-Klein und Geschenke für die CSU auf dem Rücken der Menschen.

Durch folgende Punkte bleibt die SPD hinter den Erwartungen zurück, sie sprechen für ein Nein zur Koalitionsverhandlung:

es wurde keine Bürgerversicherung und nicht einmal ein Eintritt in die Bürgerversicherung vereinbart

keine wirkliche Abschaffung des Kooperationsverbots, also dass Bund in Bildung umfassend wirken und investieren kann;

keine Umfassenden Fortschritte im Bereich Bildung, auch bzgl. der Kostenfreiheit von Kita über Ausbildung,

Meisterabschluss und Studium

keine Abschaffung von sachgrundloser Befristungen

keine Nachhaltigkeit in der Rentenfrage

es gibt keine Formulierungen Richtung Reichensteuer

keine sinnvolle Verbesserungen im Bereich Wohnen und Mieten

Dafür wird eine Obergrenze für Zuwanderung bei rund 200.000 Menschen angedeutet und sogar Flüchtlingszentren werden gefordert.